

Arader Zeitung.

Pränumerations-Preise:

Table with subscription rates for different periods (annual, half-yearly, quarterly) and delivery methods (with or without postage).

Insertions-Preise:

Die 6-spaltige Petitzeile oder deren Raum wird das erste Mal mit 6 Kr. und bei jeder folgenden Einrückung mit 4 Kr. berechnet.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen. Manuscripte werden nicht zurückgeschickt.

Redactions- und Administrations-Bureau: Hauptgasse, im A. J. Steiner'schen Hause, Nr. 2, 1. Stod.

Aufträge für Inserate: übernehmen auswärts die Herren Haasenstein & Vogeler in Wien (Wollzeile Nr. 9), Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt a/M., Bielefeld, die Jäger'sche Buchhandlung in Frankfurt a/M.; A. Schulz & Comp. in Leipzig und A. Oppelich in Wien.

In commercieller Richtung Organ der Arader Lloyd-Gesellschaft.

Notirungen der Pester Börse.

vom 3. Febr.

Table of stock prices for various companies and commodities in Pest, including bank and industrial stocks.

Bank- und Industrie-Actien.

Table of bank and industrial stock prices, including Anglo-Def. Bank, Escompte, and others.

Eisenbahn-Actien.

Table of railway stock prices, including various lines like the Danube and others.

Pfandbriefe.

Table of mortgage bond prices from various banks and institutions.

Lotterie-Effecten.

Table of lottery ticket prices for different draws and types.

Devisen.

Table of exchange rates for various locations like London, Paris, and others.

Valuten.

Table of gold and silver coin prices.

Eisenbahn-Fahrten.

Therzsbahn.

Table of train schedules and fares for the Therzsbahn.

Erste Siebenbürger Eisenbahn.

Table of train schedules and fares for the First Transylvanian Railway.

Staatseisenbahn.

Table of train schedules and fares for the state railway.

Schluss-Course der Wiener Börse.

vom 3. Febr.

Table of closing stock prices for the Vienna stock exchange, including state bonds and obligations.

Telegraphirter Cours der Staatspapiere in Wien.

vom 4. Febr.

Table of telegraphed prices for state securities in Vienna.

Protocollirte Preis-Notirungen der Arader Lloyd-Gesellschaft.

vom 4. Febr.

Table of commodity prices for wheat, flour, and other goods, including quality and weight specifications.

Getreidegeschäft. Der Verkehr in Weizen war in den beiden letzten Tagen ohne Regsamkeit, Käufer blieben reservirt, und da die Zufuhren sich bessern, so konnten sich vorgeriffene Preise kaum behaupten. Der Umsatz belief sich auf ca. 18,000 Ctr. und haben wir folgende Abschlüsse zu registriren: 500 Ctr. 88 1/2 pfd. a fl. 5.25, 600 Ctr. 88 pfd. a fl. 5.20, 1000 Ctr. 87 1/2 pfd. a fl. 5.20, 1600 Ctr. 86 1/2 pfd. a fl. 5.12 1/2, 1200 Ctr. 87 pfd. a fl. 5.10, 1600 Ctr. 86 pfd. a fl. 5.10, 1000 Ctr. 86 pfd. a fl. 4.95, 1200 Ctr. 86 pfd. a fl. 4.90, 600 Ctr. 85 1/2 pfd. a fl. 4.80, 200 Ctr. 85 pfd. a fl. 4.75, 1500 Ctr. 84 1/2 pfd. 4.70, 200 Ctr. 84 1/2 pfd. a fl. 4.62 1/2, 600 Ctr. 84 1/2 pfd. a fl. 4.55, 450 Ctr. 84 pfd. pfd. a fl. 4.37 1/2, 500 Ctr. 83 pfd. untergeordnete Waare a fl. 4. Alles 3 Monate. Roggen in ruhigem Verkehr behauptet. Es gingen ab: 1500 Mkg. 79-80 pfd. a fl. 2.95, 800 Mkg. 78-80 pfd. a fl. 2.87 1/2, 500 Mkg. 78-80 pfd. a fl. 2.85. Gerste geschäftslos. Hafer für Conjum begehrt und fest. Man verkaufte: 500 Mkg. pr. 50 Pfd. a fl. 2.10, 1200 Mkg. pr. 50 Pfd. a fl. 2.15, 1000 Mkg. pr. 50 Pfd. a fl. 2.10, 500 Mkg. pr. 50 Pfd. a fl. 2.10. Von Mais wurden 1500 Ctr. Banater a fl. 2.55 gegeben. Wien, 3. Febr. (Eröffnungsbörse). Creditact. 262. Lombarden 247. Anglo-Austrian 308.50. Tramway 149.50. Febr. Wien, 3. Febr. (Abendschluss). Creditactien 261.80. Napoleons'or 9.85 1/2. Nordbahn 212. Ungar. Creditactien 81. Staatsbahn 384. Galizier 237. Lombarden 247.40. Anglo-Austria 309.75. 1860er 97. Franco 105.50. 1864er 121.80. Tramway 149.50. - ziemlich fest.

lohe zu entfernen, der ein Rundschreiben gegen das Concil zu erlassen wagt. Man darf die Vorgänge in Baiern nicht unterschätzen. Wir dürfen nie vergessen, daß wir es mit den Nachwehen des Jahres 1866 zu thun haben und daß die bayerischen Kammererdbatten immer wieder auf die deutsche Frage hinweisen. Denken wir uns, daß Fürst Hohenzollern trotz des Mißtrauensvotums der Kammer im Amte bleibt, so wird auch die Voraussetzung daß eine unruhige Bewegung entstehen kann, nicht ganz unbegründet erscheinen. Vielleicht wird König Ludwig II. sich dann durch preussische Truppen in sein Land zurückführen lassen. Preußen hat schon mehrere Restaurationen dieser Art durchgeführt. Es billigt die Revolution nur, wenn sie von Oben gemacht wird. Nehmen die Dinge aber einen solchen Verlauf, dann dürften auch die nichtdeutschen Mächte sich erinnern, daß Preußen kein Recht zur Einmischung im Süden besitzt. Wir haben dann einen Kriegszustand, wie ihn Preußen nur immer wünschen kann. Unterliegt aber das Ministerium Hohenzollern, dann wird die neue Regierung sich auf Oesterreich stützen müssen. Die bayerische Krone kann sehr bedeutende Dimensionen annehmen und an Oesterreich ist es, bei Zeiten seine Vorbereitungen zu treffen. Angesichts dieser Lage ist ein Artikel der 'Schlesischen Zeitung' über das Verhältniß Oesterreichs zu Preußen nicht ohne Interesse. Es wird in diesem Artikel darauf hingewiesen, daß der Besuch des Erzherzogs Karl Ludwig in Berlin, der so plötzlich und in einer zum Reisen so wenig einladenden Jahreszeit erfolgt sei, doch noch andere Zwecke gehabt haben müsse als den, die Courtoisie des preussischen Kronprinzen durch eine Gegen-courtoisie zu erwidern. Die Annäherung Oesterreichs an Preußen sei ein Zeichen, daß Oesterreich in seiner Politik auf einen Weg einleud, der auch für die Interessen Preußens ersprießlich werden könne, wenn Oesterreich die Vergangenheit zu vergessen vermöge. Für Oesterreich sei der Anschluß an Preußen die unumgängliche Bedingung seiner Fortexistenz. Wenn es einer gesunden Politik Gehör gebe, könne es nur wünschen daß Preußen sich nicht, daß die Mainlinie aufhöre, eine Grenzlinie für seinen Einfluß auf Deutschland zu sein, damit es, wenn es darauf ankomme, sich nach Rechts oder nach Links seiner Haut zu wehren, durch innere Wirren nicht paralysirt werde. Die Gefahren für Preußen von Westen her seien zwar durch das Ministerium Olivier bedeutend geringer geworden, aber der französische Chauvinismus bestehe fort und sei an den Gedanken eines mächtigen Deutschlands noch so wenig gewöhnt, daß derselbe immer noch 'convulsivisch' auf ihn wirke. Unter solchen Umständen könnte der ausrückliche Verzicht Oesterreichs auf Südbayern und Preußen nicht unwillkommen sein. Es würde durch denselben die Einigung Deutschlands sich jedenfalls ruhiger vollziehen lassen und dem französischen Chauvinismus jeder Anlaß genommen werden, sich derselben zu widersetzen. Ob in dessen die österreichische Politik solcher Selbstüberwindung fähig, das sei freilich eine andere Frage, aber ohne sie sei kein übereinstimmendes Handeln zwischen Preußen und Oesterreich möglich. Einem Commentar bedarf dieser Artikel wohl nicht; er ist zu naiv bismarckisch, indem er nur sagt, was Oesterreich für Preußen zu leisten habe, ohne eine Gegenleistung in Aussicht zu stellen. Daß übrigens Oesterreich recht gut ohne Preußen 'fortexistiren' kann, hat es zur Genüge dargethan. In Frankreich ist der erwartete Präfectensub vor sich gegangen; in den nächsten Tagen werden wir erfahren, was die demokratischen Journale von den Ernennungen halten; wie es heißt, soll die orleanistische Färbung einzelner Präfecten den Deputirten der imperialistischen Majorität Anlaß zu Protesten gegeben haben. Die Gerüchte über eine Ministerkrise wollen nicht verstummen; die Herren Louvet, Buffet und Dar-

Arader Lloyd-Gesellschaft.

Es wird hiemit zur gefälligen Kenntniß der Herren Mitglieder gebracht, daß die Secretariatskanzlei von 1 bis 3 Uhr Nachmittags geöffnet ist. Gleichzeitig werden die Herren Mitglieder eingeladen, bei Abschlüssen von Geschäften sich der eigens angefertigten Schlussbriefe, auf deren Rückseite die Usancen der Gesellschaft abgedruckt sind, zu bedienen, und können selbe gegen Entgelt von 3 Kr. per Stück durch die Diener der Gesellschaft bezogen werden. Arad, 4. Febr. 1870.

Das Secretariat der Arader Lloyd-Gesellschaft.

Moriz Pless.

Politische Uebersicht.

Arad, 4. Febr.

Auch Baiern hat jetzt seine große politische Frage; auch dieser sonst so ruhige Mittelstaat ist jetzt der Schauplatz einer heftigen Bewegung. Es gährt im Volke, es stürmt in den Kammern. Der Ultramontanismus kämpft gegen das Preußenthum, die Majorität des Landtags gegen das Ministerium, die Prinzen des königlichen Hauses lehnen sich gegen den König auf. Ludwig der Zweite aber liefert den Beweis, daß Zukunftsmusik die Nerven stärkt. Gezwungen, sich mit der Politik zu befassen, zeigt er Proben von Widerstandskraft, welche, wenn auch nicht auf große Achtung vor dem Parlamentarismus, so doch auf einen männlichen Charakter schließen lassen. Der Großvater war ein Heide im Punkte der Liebe und der Kunst, dabei so ultramontan, wie man es in Rom nur wünschen konnte. Der jetzige König endlich ist der reine Gegensatz seines Großvaters, er ist ganz preussisch und hat eine innere Abneigung gegen den Ultramontanismus. Darob sind nun die Altbaiern und ihre katholischen Gesinnungsgenossen in Unterfranken ungemein erbittert. Der König ist zu liberal, zu unchristlich, ist dort das Lösungswort, und daher sucht man vor Allem den Fürsten Hohenzollern zu entfernen, der ein Rundschreiben gegen das Concil zu erlassen wagt.

Witterung: strenge Kälte, heiter. Stimmung im Getreidegeschäft ruhig. Die Zufuhren am heutigen Wochenmarkte waren sehr zahlreich und veranlaßten einen bedeutenden Umsatz.

Table of effects (b) with columns for nominal value, interest, and exchange rates.

In Effecten ohnhaltend flau, kein Schluß zur Notirung gelangt.

Pest, 3. Febr. Die Witterung hat sich in den beiden letzten Tagen hier nicht erheblich verändert; heute hatten wir fortwährend bedeckten Himmel mit spärlichem Schneetreiben. Das Thermometer zeigte Morgens um 7 Uhr -6° R., Mittags -2°, Nachmittags 5 Uhr wieder -6° R. Im hohen Norden Europa's hat die Kälte abgenommen, dieselbe scheint aber wieder nach Süden vorzurücken, denn von den deutschen Stationen wurde ein bedeutendes Sinken der Temperatur gemeldet.

sind durch Ollivier's „hervorragende Stellung“ genirt. Segri erklärt, er wolle ebenfalls das Schicksal der Herren Louvet und Buffet theilen; „ich habe mich ohnehin gehütet“, sagt der Unterrichtsminister, „meinen Coffer aufzuschließen“.

In Paris wird ein republikanisches Casino organisiert; es hat den Republikanern bisher an einem solchen Vereinigungspunct gefehlt, der eventuell eine große Bedeutung erlangen kann.

Der Nord durch den Prinzen Peter Bonaparte soll am 15. März vor den hohen Gerichtshof kommen, der sich definitiv in Bourges versammelt. Die Zahl der Zeugen, welche bis jetzt verhört wurden, beträgt 50, darunter auch der Deputirte General Lebreton. Obgleich der Prinz von dem mit der Untersuchung betrauten Präsidenten Dims mit äußerster Milde behandelt wird, so befindet er sich fortwährend in einem sehr erregten Zustande.

Aus Rom und Paris wird gleichzeitig eine Erkrankung des Papstes gemeldet. Die heftige Kälte der letzten Tage, heißt es, habe die an den Heinen Pius' IX. stets offenen gehaltenen Fontanelle stark gemacht. Das Uebel hat sich übrigens zu wiederholten Malen eingestellt, ohne eine ernste Gefahr für das Leben des Papstes im Gefolge zu haben. Ein Pariser Börsegerücht wollte freilich auch von einem epileptischen Anfall wissen, der das Oberhaupt der katholischen Christenheit betroffen. Ob man es dabei mit mehr als einem bloßen Börsemanöver zu thun habe, werden wohl schon die nächsten Tage lehren.

Die italienische Regierung soll durch die drohende Stellung, welche die republikanische Partei angenommen, sehr alarmirt sein; zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen haben zu Genua, Mailand und Bologna stattgefunden. Herr Pais, welcher bei Gelegenheit der Beerbigung eines Garibaldianers eine heftige Rede gegen Königthum und Könige gehalten, wurde zwar nach wenigen Tagen wieder in Freiheit gesetzt, sein Proceß, sowie jener anderer, aus politischen Gründen Angeklagten wird jedoch in diesen Tagen vor den Bolognaer Assisen stattfinden. Da aber Bologna eine der republikanischsten Städte des Königreichs ist, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Angeklagten freigesprochen werden.

Charakteristisch für die Bestrebungen der russischen Socialisten-Partei ist eine von ihr erlassene Proclamation, die noch in den letzten Tagen des vergangenen Jahres in Petersburg und in Moskau verbreitet worden ist. Nachdem in den Eingangsworten hervorgehoben ist, daß das russische Volk vom herrschenden Adel des Landbesitzes beraubt sei und in schmachtvoller Knechtschaft gehalten werde, heißt es weiter:

„Früher war es anders. Die Felder gehörten denjenigen, welche sie bebauten. Unsere Vorfahren kannten weder Adel noch Priester, weder Kaufleute noch Steuereintnehmer; sie waren frei und glücklich. Aber von jenseits des Meeres kamen fremde Fürsten, und in ihrem Gefolge waren Adel, Beamte, Steuereintnehmer. Sie unterjochten unser Volk, nahmen uns unsere Felder weg, und lebten von der Frucht unserer Arbeit. Nachdem sie das Land unterjocht hatten, bauten die Eroberer Städte, von denen aus sie uns noch jetzt unterdrücken. Ihnen verdanken wir die strengen Gesetze und die schweren Abgaben, die uns ins äußerste Elend stürzen, während sie sich von unserem Brode mästen und herrlich und in Freuden leben. Ihre Städte sind so stark befestigt, daß wir keinen anderen Angriff auf sie unternehmen können, als daß wir ihnen den rothen Hahn aufs Dach setzen. Es gab in unserer Geschichte einen Zeitpunkt, wo wir Hoffnung hegen durften, der Czar und seine ganze Familie stürben aus. Zum Unglück berief der Adel einen kleinen Fürsten aus Deutschland, der der Stammvater einer ganzen Reihe von Tyrannen geworden ist. Diese deutsche Fürstenfamilie hat sich so sehr vermehrt, daß die Popen alle ihre Glieder in der Kirche kaum herzhälten können. Sie zehrt Alles auf, und noch mehr verschlingen ihre Pöhlunge. Wir sind Dummköpfe, die Deutschen regieren uns und suchen nur ihre Taschen zu füllen. Unser Czar und die Großfürsten sind unfähig zur Regierung; sie treiben sich lieber auf den Landstraßen herum und freuen sich über die Hurrahrufe, mit denen sie empfangen werden. Es bleibt nur das Eine zu unserer Rettung über, daß wir unsere Herren erwürgen wie Hunde, ohne Gnade und Barmherzigkeit (!) Sie müssen Alle mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, ihre Städte müssen verbrannt und das Land durch Feuer gereinigt werden. Da unsere Tyrannen Geschütze und Cavallerie haben, die uns fehlen, so können wir sie nur durch Feuer siegreich bekämpfen (!) Haben wir die Mauern, hinter denen sie sich verbergen, in Asche verwandelt, so müssen sie eine schmachvolle Beute des Hungers werden.“

Aus dem Reichstage.

(Unterhaus-Sitzung.)

West, 3. Feber.

Vizepräsident Salomon Gajzágó eröffnet die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr. Auf den Ministeranteils: Cótvas, Mito, Gorode, Horváth.

Das Protocoll der jüngsten Sitzung wird authentisirt. Der Präsident meldet, daß der Abgeordnete des Kis-Zender Wahlbezirks im Araber Comitah, Emerich Stanecku, und der Abgeordnete des Párdáner Wahlbezirks im Torontáler Comitah, Willibald Bogdanovité, ihre Wahlmandate eingereicht haben. Dieselben werden der ständigen Verificationscommission zugewiesen. Der Wirtschaftsausschuß berichtet über ein Gesuch zweier Diener des Hauses, welche um die Ernennung zu systemisirten Garde-robotiers bitten; der Ausschuß erachtet die Systemisirung dieser Stellen nicht für nöthig, empfiehlt jedoch, daß den Dienern in Berücksichtigung ihrer treuen Dienste je 100 fl. angewiesen werden mögen. Wird bewilligt.

Der Petitionsausschuß legt einen Bericht über zwei dringende Gesuche vor. Wird in Druck gelegt, um feinerzeit auf die Tagesordnung gesetzt zu werden. Der Präsident meldet mehrere Gesuche an, welche ebenso, wie die von den Abgeordneten Michael Horváth, Anton Panflovics, Josef Hossu und Nicolaus Panflovics eingereichten, der Petitionscommission zugewiesen werden.

Béla Perczel beantragt, daß die Verathung des Gesetzentwurfes über die Aufstellung des Staatsrechnungshofes, welche für heute auf die Tagesordnung gesetzt wurde, auf nächsten Montag, oder, wenn da gerade ein Necessarbudget discutirt werden sollte, bis nach Erledigung des betreffenden Präliminars aufgeschoben werden möge. Wird angenommen.

Das Haus übergeht zur Tagesordnung, auf welcher der Schluß der Specialdebatten über das außerordentliche Erforderniß des Communicationsministers steht.

Titel „Eisenbahnbauten“: Punct 3 „Ausbau der 15 Meilen langen Haupt- und 13 Meilen langen Gyöngyöser Flügelbahn der Hatvan-Miskolczer Eisenbahnlinie“, 1.542,900 fl., und Punct 4: „Ausbau und Einrichtung der Zákány-Agramer Bahn“ 371.800 fl. werden ohne Bemerkung votirt.

Punct 5: „Ausbau des Salgó-Tarján-Ruttelek (25 Meilen langen) Theiles der ung. Nordbahn“ 7.800,000 fl.

Julius Halassy bringt hier den Beschlußantrag ein, daß die Bahnstrecke von Miskolc nach Neusohl je eher ausgebaut werden möge. Minister Graf Miko verspricht, daß ohnehin eine Flügelbahn nach Miskolc und Neusohl gebaut wird, worüber er dem Hause demnächst den Gesetzentwurf vorlegen will. Der Antragsteller erklärt sich für befriedigt und das Haus votirt den Posten.

Punct 6: „Für den Ausbau der Gömörer Eisenbahnen“, 3 Millionen. Wird votirt.

Punct 7: Für den Hatvan-Eszolnofer Eisenbahnbau 2.174,000 fl.

Urban Sipos spricht die Befürchtung aus, daß diese Eisenbahn nicht, wie es im Gesetze festgestellt ist, über Zákberény, sondern in einer andern Richtung geführt werden wird. Er beantragt deshalb, daß dieser Punct so formulirt werden soll: „Für den Hatvan-Zákberény-Eszolnofer Eisenbahnbau.“

Minister Graf Miko: Da eine Aenderung des ursprünglichen Planes in Folge neuerlicher Umstände nöthig werden dürfte, so möge das Haus momentan Sipos' Antrag nicht annehmen; der Minister werde demnächst den bereits vollendeten Gesetzentwurf über die Hatvan-Eszolnofer Bahn vorlegen und dann kann das Haus nach seinem Belieben darüber entscheiden.

Alexander Csánády eifert dagegen, daß ein bereits gefaßter Beschluß des Hauses noch in Frage gestellt werden soll und unterstützt Sipos' Antrag.

Baron Ludwig Simonhi: Ueber die Hatvan-Eszolnofer Bahn wurde bereits ein specielles Gesetz gegeben, welches bestimmt, daß die Bahn über Zákberény führen muß. Das Haus kann nun durch einen einfachen Beschluß unmöglich ein Gesetz verändern.

Graf Samuel Wass ist für die Annahme des Sipos'schen Antrages.

Ludwig Csérátónyi unterstützt denselben ebenfalls, da er der Verfügung des bereits bestehenden Gesetzentwurfes entspricht. Das Haus nimmt den Antrag an und votirt die Summe von 2.174.000 fl. für den Ausbau der „Hatvan-Zákberény-Eszolnofer Bahn“.

Punct 8: „Für den Ausbau der Abregyházy-Ungvárer Eisenbahn 1 Million.“ Der Finanzausschuß empfiehlt die Streichung dieses Postens, da es sich hier um eine Vicinalbahn handelt, der man keine große Wichtigkeit beilegen kann. Das Haus nimmt den Antrag an und streicht diese Million.

Punct 9: „Herstellung des Pest-Salgó-Tarján Theiles der ungarischen Nordbahn, 1 Million“, wird votirt.

Punct 10: „Für den Ausbau des Hatvaner Bahnhofes 500.000“.

Punct 11: „Eisenbahndienst-Practicanten 15.000 fl.“

Punct 12: „Marine-Winterschulen 2000 fl.“ werden ohne Bemerkung angenommen.

Punct 13 „Copirung der topographischen Karte Ungarns, 14.000 fl.“ Ernst Simonhi fragt, ob es sich hier um die Copirung jener Karte Ungarns handelt, welche sich im Besitze der Wiener Regierung befindet. Minister Miko gibt die Aufklärung, daß die Karte im Wiener Kriegsministerium deponirt ist und dort abgezeichnet wird. Die Summe wird votirt.

Der Finanzausschuß beantragt, daß das gesammte außerordentliche Erforderniß für Eisenbahnbauten, 23.977.700 fl., aus dem Eisenbahnlehen gedeckt werden soll.

Ernst Simonhi bemerkt, daß der Posten für die Copirung der topographischen Karte Ungarns unmöglich aus dem Eisenbahnlehen gedeckt werden kann, da der Gegenstand mit dem Eisenbahnlehen schlechterdings nichts gemein hat. Für diesen Posten muß man eine andere Deckung suchen.

Referent Pulffy beweist, daß diese topographische Karte gerade bei den Eisenbahnbauten von größter Wichtigkeit ist, da sie die einzige wirklich vollständige und erschöpfende Specialkarte Ungarns ist. Das Haus nimmt den Antrag des Finanzausschusses an.

Damit ist das Budget des Communicationsministeriums, Debetarium und Extraordinarium, definitiv erledigt.

Communications-Minister Graf Miko nimmt nun das Wort. Er habe seit einigen Tagen mit Aufmerksamkeit die Angriffe mit angehört, welche man gegen das Communications-Ministerium und dessen einzelne Beamte erhoben hat. Als Minister erachtet er es für seine Pflicht, zu erklären, daß die Verantwortlichkeit für alle angebliebenen Fehler ihn, und bloß ihn betrifft. Er wird alle Angriffe, die gegen seine Person gerichtet sind, gerne ertragen, weil es seine Pflicht ist, dieselben zu ertragen.

Insofern jedoch gegen einzelne ihm unterstehende Beamte auf bloßen Verdächtigungen beruhende Anklagen erhoben wurden, erachtet er es gleichfalls für seine Pflicht, diese Angelegenheit ins Reine zu bringen. Er will deshalb gegen die verdächtigten Beamten eine Disciplinaruntersuchung einleiten, schon darum, weil Unterstaatssecretär Hollán entschieden eine solche verlangt hat. Damit dies aber geschehen könne, sind bestimmte Anklagepuncte nöthig.

Rebner fordert daher alle jene Abgeordneten, welche die verleumdenden Gerüchte und Klatschereien vor das Haus gebracht haben, auf, ihre Anklagen in präciser Form zu wiederholen und bei der Untersuchung persönlich anwesend zu sein, welche auf Grundlage ihrer Angaben sofort eingeleitet werden soll. Nur auf solche Weise wird dem von Simonhi in seiner ersten Rede geäußerten Wunsche genügt werden können, daß nämlich der Minister solche Aufklärungen geben möge, welche den Reichstag, das Land, die öffentliche Meinung beruhigen.

Wenn jedoch die Abgeordneten, welche jene Gerüchte zur Sprache gebracht haben, nicht mit bestimmten Anklagen sollten hervortreten wollen, dann wird Rebner bei der Verathung des von Zsedényi eingebrachten Antrages, welcher leider erst nach der Beendigung des ganzen Budgets auf die Tagesordnung gelangt, dem Hause Gelegenheit geben, sein Urtheil über ein solches Benehmen jener Abgeordneten auszusprechen. (Lebhafte Beifall von der Rechten.)

Soloman Tisza: Dem Communicationsminister kann Niemand es verwehren, eine Disciplinaruntersuchung gegen einen ihm untergeordneten Beamten einzuleiten. Darüber wird Rebner seine Ansicht bei Gelegenheit der Verathung des Zsedényi'schen Antrages auseinandersetzen. Dieser Gegenstand gehört jedoch gar nicht hierher. Rebner will seinen Gesichtspunct und den seiner Gesinnungsgenossen gegenüber dem speciel vom Communicationsminister berührten Gegenstande klarmachen, und zwar nicht in Worten, sondern in einem Gegenantrag zu Zsedényi's Beschlußantrag.

Er hält dies für nöthig, weil weder Zsedényi's Antrag, noch die von Miko geäußerten Ansichten einem correcten Standpuncte entsprechen. Er bittet, den Antrag in Druck zu legen und mit dem Zsedényi'schen zusammen auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Antrag, welcher von Soloman Tisza, Soloman Ghyczy, Paul Nyáry, B. Ludwig Simonhi, Ludwig Mocsáry, Paul Szontágh und noch 3 bis 4 Abgeordneten von der Linken unterschrieben ist, lautet: Mit Rücksicht auf den im Hause und im ganzen Lande verbreiteten Verdacht, als würden die Angelegenheiten im Communicationsministerium den Interessen des Landes zuwiderlaufend verwaltet, was besonders die ungebührliche Bevorzugung der Südbahn, das Vorgehen bei der Verleihung von Concessionen und der Vergebung der Bahnbauarbeiten, die falsche Führung der Straßenzüge zu beweisen scheinen, wolle das Haus eine Siebenercommission zur Untersuchung der Geschäftsführung im Communicationsministerium entsenden, welche die Documente prüfen, geeignete Individuen vernehmen kann und über das Ergebnis ihrer Untersuchung dem Hause ebemöglichst einen Bericht vorlegen soll. (Lebhafte Beifall von der Linken.)

Ernst Simonhi: Es sei ein Irrthum und Mißverständnis, wenn man behauptet, daß er gegen den Unterstaatssecretär Hollán Anklagen vorgebracht habe. Man möge das stenographische

Diarium nachsehen, und man werde finden, daß er keine einzige bestimmte Anklage gegen irgend einen Beamten angeführt. (Rufe von der Rechten: Das ist eben das Schlimme!) Bloß gegen das ganze Communications-Ministerium habe er behauptet, daß dort die Geschäfte nicht so geleitet werden, wie die Interessen des Landes es erfordern.

Das war der Standpunct, den Rebner in der Generaldebatte eingenommen. Freilich habe er auch erwähnt, daß im Lande gewisse Gerüchte circuliren, welche geeignet sind, das Ansehen des Staates und der Regierung zu untergraben, und er habe auch einige Beispiele zur Erhärtung seiner Behauptungen angeführt. So habe er angeführt, daß bei der Ertheilung von Bahnconcessionen weder das Princip der Concurrenz, noch das der Oeffentlichkeit gewahrt wird. Die Arbeiten auf der ungarischen Ostbahn, der Zákány-Agramer, Hatvan Miskolczer, Jümaner Bahn und im Jümaner Hafen wurden ohne Concurrenz an die Unternehmer vergeben.

Rebner hat also nicht einzelne Beamte, sondern das ganze Communicationsministerium angeklagt, und was man im Verlaufe der Budgetdebatte hier im Hause über das Straßen- und Wasserbauwesen vorgebracht hat, beweist die Richtigkeit von Rebners Behauptung, daß im Communicationsministerium, nicht bloß in einzelnen Sectionen desselben, sondern im Ganzen, die Interessen des Landes nicht gewürdigt werden. Wenn der Minister, wie er angibt, eine Disciplinaruntersuchung gegen einen seiner Beamten einleiten will, so hat er damit seiner Verantwortlichkeit noch keineswegs genug gethan.

Das Haus will wissen, warum die früher genannten Arbeiten ohne Concurs vergeben wurden, und der Minister soll uns darüber die von mir gewünschte Aufklärung geben! Er soll der zu entscheidenden parlamentarischen Commission den Nachweis liefern, daß jenes Vorgehen der Regierung bei der Vergebung der Concessionen und Arbeiten dem Lande Nutzen oder doch zum Mindesten keinen Schaden verursacht hat, und das Land wird beruhigt sein, die Gerüchte werden schweigen, die Verleumdungen werden verstummen.

Rebner habe einen eigenen Beschlußantrag einbringen wollen, aber da der Tisza'sche mit dem seinigen fast identisch ist, so nimmt er diesen an. (Beifall und Applaus von der äußersten Linken.) (Vizepräsident Gajzágó räumt den Präsidentenstuhl, welchen Paul Somfisch einnimmt.)

Franz Pulffy: Es ist ganz unparlamentarisch, daß das Haus zuerst ein Budget votirt und dann das ganze Vorgehen des betreffenden Ministers mißbilligt und die ersten Schritte thut, um denselben in den Anklagestand zu versetzen.

Es ist nicht in der Ordnung, erst zu votiren und dann zu verdächtigen, sondern man hätte das Erstere früher thun sollen, ehe das Präliminare bewilligt war. Man sagt, die Arbeiten auf der Ostbahn seien ohne Concurrenz aus gegeben worden. Und das sagt man heute, nachdem die Concession und der betreffende Gesetzentwurf schon längst sanctionirt sind! Warum hat man diese Klagen nicht erhoben, als die Discussion dieses Gegenstandes vor mehr als einem Jahr auf der Tagesordnung stand? (Rufe von der Linken: Weil wir es damals nicht wußten.)

Die Opposition verlangt eine Untersuchung des ganzen Concessionswesens; allein wenn anderwärts eine Partei einen Minister in den Anklagestand versetzen will, so nimmt sie sich zuvor ein klein wenig Mühe, positive Daten zu sammeln, auf deren Grundlage die Untersuchung betrieben werden soll. Aber durch Anordnung einer Untersuchung einem Minister Tadel und Mißtrauen auszurüden, ehe noch ein einziges Datum dem Hause vorgelegt wurde, das ist in keinem Parlamente der Welt üblich.

Die Gerüchte, die man vielfach anführt, können nicht berücksichtigt werden. In Ungarn, wo so wenig Blätter existiren, kann leicht eine öffentliche Meinung gemacht werden; allein die Würde des Parlaments steht viel zu hoch, als daß man auf solcher Grundlage eine Untersuchung gegen einen Minister anordnen könnte.

Soloman Tisza prot. stirt dagegen, daß Pulffy ganz gegen alle Regeln der Hausordnung jetzt, nachdem bereits beschlossen wurde, daß sein Beschlußantrag zur Verathung auf die Tagesordnung gesetzt wird, mit falscher Klugheit und vorwitzigem Tadel über den Antrag spricht.

Guard Kállay: Dies ist die Folge davon, wenn man die Hausordnung auf Schritt und Tritt verlegt! Alexander Csánády äußert sich unter großem Lärm des Hauses gleichfalls in mißbilligender Weise. Der Präsident constatirt, daß Pulffy incorrect handelte, als er das Wort ergriff, und spricht als Beschluß aus, daß der Antrag Tisza's in Druck gelegt und mit dem Zsedényi's zusammen auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Referent des Centralausschusses, Baron Béla Vay, berichtet über die Nachtragsconvention zum Handelsvertrage mit England und empfiehlt dieselbe mit einigen stichlichen Modificationen zur Annahme.

Schriftführer Széll verliest die einzelnen Paragraphen, der Referent fügt denselben die Bemerkungen der Centralcommission bei. Die Nachtragsconvention wird ohne jede Discussion in erster und zweiter Lesung angenommen. Morgen gelangt derselbe zur dritten Lesung und soll, sobald diese erfolgt ist, sogleich dem Oberhause unterbreitet werden.

Der nächste auf der Tagesordnung stehende Gegenstand ist der vom Oberhause modificirte Gesetzentwurf über die Wiederherstellung der Schiedsgerichte an der Pesther Waaren- und Effectenbörse und an den Producten- und Getreidehallen in der Provinz.

Schriftführer Majláth verliest den Gesetzentwurf. Julius Görffy bemerkt, daß der im §. 1 getroffenen Bestimmung, daß das Vörsenschiedsgericht in Bezug auf alle seine Amtshandlungen reconstitutur wird, so, wie es bestanden hatte, bevor der Gesetzentwurf 54: 1868 geschaffen worden, das Ministerium zu einem Gerichtshofe zweiter Instanz gemacht wird, insofern die Appellationen vom Vörsenschiedsgerichte aus nach den Bestimmungen der früheren Ordnung an das Handelsministerium zu richten sind. Dies sei nicht zulässig, er wünscht daher, daß diesbezüglich eine mit den Landesgesetzen mehr vereinbarte Modalität angewandt werde. Schließlich beantragt Rebner eine geringe Modification im Texte des §. 1; dieselbe wird jedoch verworfen und das Haus nimmt den §. 1 unverändert an.

Schriftführer Majláth verliest den §. 2. Aristid Matyus findet es nicht zulässig, daß das Oberhaus, wie dies aus seinem vorliegenden Protocollauszuge ersichtlich, die anzunehmenden Modificationen wohl angibt, doch die Motive, welche diese Modificationen begründen, verschweigt. Da ferner durch die Modificationen des Oberhauses das summarische Verfahren vollkommen unmöglich gemacht wird, so wünscht Rebner, daß die §§. 2, 3 und 4 in jener Fassung angenommen werden, in welcher dieselben dem Oberhause ursprünglich vorgelegt wurden.

Dieser Antrag wird jedoch verworfen, da das Haus den Gesetzentwurf in jener Fassung annimmt, in welcher er vom Oberhause her abgeleitet ist.

Präsident will, daß das Haus zur Verathung über das Budget des Handelsministers schreite.

Soloman Ghyczy: Der Gesetzentwurf über den Obersten Rechnungshof war ursprünglich auf die Tagesordnung gesetzt. Das Haus vertagte die Verathung über denselben auf Montag. Ein anderer Gegenstand jedoch darf an seine Stelle nicht gesetzt werden, weil die Abgeordneten die nöthigen Documente nicht aufbrachten und überhaupt für die Verathung des Gegenstandes nicht vorbereitet sind.

Präsident wendet sich an den Minister Horváth mit der Frage, ob es ihm genehm sei, wenn die Beratung über das Budget seines Portefeuilles für morgen auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Minister Horváth überläßt die Entscheidung hierüber der Weisheit des Hauses.

Der Präsident spricht als Beschluß aus, daß für morgen das Budget des Handels- und Ackerbau Ministers zur Beratung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Schluß der Sitzung um 1 Uhr.

Nächste Sitzung: Morgen Vormittags 10 Uhr.

Die Banknote.

(Original-Correspondenz der „Araber Zeitung“.)

— Pest, 3. Febr.

Die Banknote hielt gestern unter dem Vorsitz des Grafen Apponyi ihre erste öffentliche Versammlung. — Nach Verlesung des Protocolls wurden die von einem Subcomité festgestellten Fragepunkte von Csengery zur Verlesung gebracht. Nach einer kurzen Einleitung, in welcher Csengery ausmündlich erklärte, daß das Subcomité in der Fixirung der Fragen sich streng an dem diesbezüglich gefaßten Beschlusse gehalten und besonders auf die Geldkrise, die Valutafrage und die thatsächlichen Verhältnisse Rücksicht genommen, kamen die Fragepunkte einzeln zur Verhandlung und wurden nach kurzer Debatte ohne jede Veränderung angenommen.

Am Schlusse einer kurzen Auseinandersetzung bemerkte noch Csengery, einzelne der aufgestellten Fragen seien zwar durch die Wissenschaft, sowie durch die praktischen Erfahrungen etwas überholt, dieselben müßten aber schon aus dem Grunde in die Liste aufgenommen werden, weil bei uns die öffentliche Discussion sich eben mit diesen Punkten am eingehendsten und hartnäckigsten beschäftigte und noch immer beschäftigt. Hierauf mußte unbedingt Rücksicht genommen werden.

Die von uns gestern mitgetheilten, von Anton Csengery ausgearbeiteten Fragepunkte werden mit einigen Modificationen in folgender Fassung definitiv angenommen: 1. Was waren die Ursachen der jüngsten Geldkrise? 2. Was für einen Einfluß übt die österreichische Nationalbank auf die volkswirtschaftlichen Verhältnisse Ungarns aus? Was für ein Einfluß übt die Nationalbank auf die jüngste Geldkrise? 3. Kann eine derartige Geldkrise überhaupt beseitigt werden? — inwiefern und mit was für Mitteln? 4. Inwiefern ist die Ansicht begründet, daß die Errichtung einer Notenbank oder von Notenbanken das Gegenmittel der Geldkrise sei? 5. Ist die Errichtung einer Notenbank oder von Notenbanken ohne Herabsetzung der Valuta möglich? 6. Ist die sofortige Herabsetzung der Valuta wünschenswerth, und wenn ja, ist dieselbe möglich? 7. Auf welche Weise und durch was für Mittel kann diese Herabsetzung stattfinden? 8. Wenn die Herabsetzung der Valuta nicht sofort zu bewerkstelligen ist, wie ist dieselbe vorzubereiten? 9. Im Allgemeinen, was für Verfügungen sind nöthig, damit in unserem Lande der geordnete Geldumlauf gesichert und der vaterländische Credit auf selbstständige sichere Grundlagen gestellt werde?

Hierauf übergibt die Enquete auf die Feststellung der Namensliste der einzuladenden Fachmänner. Diesbezüglich legte Graf Franz Zichy folgende Anträge des Subcomités vor: Es mögen behufs Meinungsabgabe über die vorliegenden Fragen alle Handels- und Gewerbekammern des Landes aufgefordert werden. Dieselben mögen sich auch dahin äußern, welche Fachmänner aus ihrer Gegend zur mündlichen Meinungsabgabe einzuladen seien. — Zur Abfertigung von Delegirten zur Enquete sollen ferner aufgefordert werden: Das Handelsmuseum der Hauptstadt, der Landesagricultur-Verein und der Landesindustrie-Verein. Von den größeren Geldinstituten soll an folgende dieselbe Aufforderung ergehen: An die österreichische Nationalbank, die österreichische Creditanstalt, das ungarische Bankreditinstitut, die ungarische allgemeine Creditbank, die Anglobank, die Francobank und die erste vaterländische Sparcasse. Außerdem wird in den öffentlichen Blättern eine allgemeine Aufforderung ergehen, Jedermann, der in sich die Befähigung fühlt, zur Lösung der obigen Fragen beizutragen, möge sich mit seinen Ansichten an die Enquetecommission wenden. Eine kurze Debatte entspann sich über die Frage: ob die einzuladenden Experten sich schriftlich oder mündlich zu äußern haben. Diesbezüglich wurde festgestellt, daß in der abzuhaltenden Einleitung bloß die mündliche Auseinandersetzung zu erwähnen sei, trotzdem aber können die schriftlichen Erklärungen nicht ausgeschlossen werden. Im Sinne dieser Beschlüsse kann die vollständige Namensliste der Experten erst dann festgestellt werden, wenn die obgenannten Institute sich über die abzuhaltenden Delegirten bereits geäußert haben werden, bei welchem Anlasse auch die Namen jener Fachmänner fixirt werden sollen, die in Folge ihrer literarischen Thätigkeit behufs Meinungsabgabe ersucht werden sollen. Vor Schluß der Sitzung wurde noch beschlossen, eine authentische deutsche Uebersetzung der ungarischen Fragepunkte besorgen zu lassen.

* Wien, 3. Febr.

(Reichsraths-Sitzung.) Der Präsident theilt mit, daß die Adresse der Regierung übermittelte wurde. Der Finanzminister legte einen Gesekentwurf vor, betreffend die Verwaltung der consolidirten Staatsschuld. Der Ministerpräsident theilt die neue Cabinetsbildung mit. Wonniglich ist die Grundzüge der Ministeriums-Mehrheit als bekannt anzunehmen, sei es gleichwohl noch wenig, den Standpunkt des reconstituirten Cabinets zu kennzeichnen: Das Ministerium bringt Gründe von Gewicht und Bedeutung zur Einheit in den Uebersetzungen und Absichten mit sich; diese ist die wesentliche und unerlässliche Bedingung einer fruchtigen Action. Was der Regierung noch Kraft verleihen mag, ist die Wahrheit ihrer Standpunkte und die Uebereinstimmung derselben mit dem Rechte. Insofern Anschauungen, welche der Reichsrath bezüglich der politischen Lage und einschlagenden Wege hegt und welche in der dringlichen Angelegenheit sich befindet, die Regierung in Uebereinstimmung mit dem Reichsrathe.

Selbstverständlich ist der Ausgangspunkt die Verfassung. Die Schlagworte „Centralismus“ und „Föderalismus“ passen nicht auf unsere Verfassung, welche, wie die Regierung glaubt, auch allen nationalen und Selbstständigkeitsbestrebungen bedeutend Rechnung trägt. Gleichwohl ist die Regierung nicht abgeneigt, Wünsche, welche auf dem Wege des Gesetzes vorgebracht werden, wenn sie die Interessen und die Kraft des Reiches nicht absolut schädigen, zu befriedigen. Die Regierung wird den Reichsrath höher stellen, als individuelle Rechthaberei, und eifrig bestrebt sein, die materiellen und geistigen Interessen zu entwickeln. Sollen in der Gesetzgebung und der Verwaltung bezüglich der religiösen Angelegenheiten Lücken vorhanden sein, so wird die Regierung dieselben energisch ausfüllen. Die Regierung wird die Religionspflege schützen, andererseits aber auch die Gewissensfreiheit und die Staatsrechte energisch wahren und stets an der Seite des Parlaments stehen, aus dem sie hervorgegangen ist, und erbittet sich hierzu die Unterstützung des Hauses. — Das Haus nahm sodann das Gesetz über das Recrutement für das Jahr 1870 und die Gesekentwürfe und Durchführungsbestimmungen bezüglich der Umwandlung der Staatsschuld, der Einführung neuer Goldmünzen und der Einhebung der Verzugszinsen für Steuerrückstände an.

Telegramm der „Araber Zeitung“.

Pest, 4. Febr. Wie der „Pester Lloyd“ aus sicherer Quelle erfährt, übernimmt Finanzminister Lónyai doch das gemeinsame Reichsfinanzministerium, und soll dessen Ernennung bereits erfolgt sein. Als dessen Nachfolger wird Keikápolvi bezeichnet, was hier einen schlechten Eindruck macht.

Neuers

München, 3. Febr. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte: Pöschke: Preußen verlangte niemals den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund, sondern wolle die Zeit und die Bedingungen für die Anstrengung einer Verbindung mit dem Nordbunde abwarten. Preußen wird unseren Vorschlägen entgegenkommen; Baiern will jedoch nur vereint mit den übrigen süddeutschen Staaten Vorschläge machen, und die Basis zu diesen Vorschlägen erfordere große Arbeit und könne nur langsam geschehen.

Paris, 3. Febr. Da Rochefort und Consorten von der gestern abgelaufenen Berufungsfrist keinen Gebrauch gemacht haben, so ist das gegen sie gefällte Erkenntniß rechtskräftig geworden. Die „Opinion Nationale“ erwähnt das Gerücht, daß Laguerre zum Vizepräsidenten in Madrid ernannt werden soll.

Da „Mém. Dipl.“ demontirt das Gerücht von der Krankheit des Papstes und sagt: Der Papst verweigerte sowohl die Annahme der Adresse derjenigen Bischöfe, welche Anhänger des Unfehlbarkeits-Dogmas sind, als auch die der Gegner desselben. Der Papst bewahre sich strenge Neutralität.

Paris, 2. Febr. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers.) Schneider führt den Vorschlag Gambetta vor, seine angeknüpfte Interpellation wegen Abwesenheit der Minister auf morgen. Hierauf wird die Debatte über die Geschäftsordnung fortgesetzt. Gröby stellt ein Amendement, welches dem gesetzgebenden Körper das Recht einräumt, die bewaffnete Macht zu seinem Schutze in Anspruch zu nehmen. Gröby entwickelt, das Amendement sei bestimmt, dem Mißbrauch des Auflösungsrechts vorzubeugen. Er behauptet, daß es einen solchen Mißbrauch gebe, und daß die Nationalvertretung, die über Alles stehe, gegen jeden Eingriff sichergestellt werden müsse. Minister Segris sagt, die Freiheit könne nur durch das Vertrauen aller Parteien begründet werden; er protestirt gegen den Gedanken der Möglichkeit eines Conflictes zwischen der Regierungsgewalt. Die Sachlage habe sich durchgreifend geändert, die Forderung Gröby's würde das Jahr 1848 zurückbringen, und wir datiren uns vom Jahre 1870. Segris sagt, die Forderung Gröby's sei eine Verletzung der Verfassung und führt als Beweis die Artikel der Verfassung von 1848 und 1852 an.

An die Worte Gröby's erinnernd, sagt Segris, das Amendement sei ein Act des Mißtrauens; diese Ideen sind nicht die unserigen, wir wollen die Freiheit mit dem Kaiserreiche gründen, und wir werden sie nicht gegen dieses in Anspruch nehmen. Jules Favre tritt für das Amendement Gröby's, das er als ein Recht der Versammlung bezeichnet, ein, und behauptet, daß bei dem gegenwärtigen Regime der gesetzgebende Körper von der Discretion eines einzigen Menschen abhängig sei. Er macht eine Anspielung auf den 2. December, wo auch ein Ministerium existirte, der Kriegsminister jedoch diesen Saal verließ, um Prätorianer gegen diese Versammlung zu waffnen und die Regierungsgewalt einem Usurpator zu geben. Wir sind — sagt Favre — nicht zu Concessionen in den Principien, wohl aber zu Opfern in den Meinungen bereit, wenn diese notwendig werden. Hierauf wurde das Amendement Gröby's mit 217 gegen 43 Stimmen verworfen.

Bukarest, 3. Febr. Der Justizminister Bocresco gab seine Demission. Rojetti verweigert die Annahme der Deputirtenwahl in Braila.

Petersburg, 3. Febr. Das „Petersburger Journal“ bemerkt die Nachricht über die jüngste Anleihe, und meint, dieselbe hänge nicht mit der orientalischen Frage, beziehungsweise mit den Verhandlungen zwischen den Mächten über die Concentrirung der türkischen Truppen an der montenegrinischen Grenze zusammen. Sämmtliche Mächte wünschen in der orientalischen Frage den Frieden und die türkische Regierung könne diesem energischen Wunsche gegenüber nicht nachlässig eine dem eigenen sowohl als auch dem gesammten europäischen Interesse zuwiderlaufende Krisis hervorrufen.

Generalversammlung der städt. Repräsentanz.

Arad, 3. Febr.

Vorsitzender: Bürgermeister-Stellvertreter Franz v. Páthy.

Nach Eröffnung der Sitzung und vor Uebergang zur Tagesordnung ersucht Vorsitzender, vorerst einen für die städtischen Interessen äußerst wichtigen Gegenstand, nämlich den Bericht über den Bau eines Cementirungsamtes, in Verhandlung zu nehmen. Er gibt in einer längeren Rede Auskunft über den Stand dieser bereits zu Oesterreich verhandelten Angelegenheit, und hebt insbesondere hervor, daß dieses Amt nach Ablauf des Vertrages vom 1. November l. J. ab fern nicht mehr im Krámerischen Hause in der Lamngasse verbleiben könne, da der Hauseigentümer die gegenwärtig occupirten Räumlichkeiten für sich benötige; ebenso zweckwidrig wäre es, neuerdings in einem Privatbause geeignete Localitäten zu miethen, da hiedurch der Stadt bloß Spesen verursacht würden, die viel besser auf den Bau eines eigenen Cementirungsamtes verwendet werden könnten. Ferner hebt Redner hervor, daß bezüglich des Aufbaues dieser Amtlocalitäten eine Minuendelicitation abgehalten wurde, jedoch ohne den gewünschten Erfolg da sich kein Unternehmer zu den festgesetzten Bedingungen, nämlich aus dem Erträgnisse des Amtes die Baukosten successive zu decken, herbeizuführen wollte, den Bau auszuführen, denn Niemand konnte sich entschließen, 44.000 fl. aus Eigenem hierfür auszugeben, ohne bestimmt zu wissen, wann er diesen Betrag wieder zurückerhalte. Er stellt demnach den Antrag, diese Angelegenheit der Finanzcommission zur nochmaligen Begutachtung und Berichterstattung auszufolgen.

Dieser Antrag wird angenommen und beschlossen, daß zur Verhandlung über den neuen Bericht der Finanzcommission nöthigenfalls eine außerordentliche Generalversammlung in der nächsten Woche einberufen werden soll, da der Gegenstand keinen weiteren Aufschub mehr vertrage.

Nach Erörterung dieser Angelegenheit wird der in der vorigen Generalversammlung neuernannte städt. Honorar-Fiscal Herr Vizler Peter vereidigt.

Der hierauf zur Verlesung gelangende Antrag des Repräsentanten Petrovits Livadar betreffs Beschotterung des Kohlenplatzes und der Neue-Saalgasse wird der Pfasterungscommission zur Berichterstattung auszufolgen.

Zur Tagesordnung übergelien, kommen nun mehrere Ministerialintimate zur Verlesung, die theils zur Kenntniß genommen, theils den betreffenden Aemtern zur Darnachachtung auszufolgen werden.

Vorsitzender ersucht nun die Versammlung, vor Allem den Vertrag der Stadt mit dem Schützenverein bezüglich des Stadtwaldchens in Verhandlung zu nehmen, der insofern dringend sei, da der Schützenverein bereits nächsten Sonntag eine Generalversammlung abhalten werde, wobei dieser Vertrag ebenfalls vorge-

legt werden soll. Diesem Ansuchen wird Folge gegeben und die Verlesung vorerst des bezüglichen Commissions-Berichtes, dann des Vertrages angeordnet.

Dieser Vertrag, dessen Punkte erst nach eingehender Verhandlung in mindestens zehn hierüber abgehaltenen Commissions-Sitzungen festgestellt wurden, rief trotzdem eine sehr langwierige Debatte hervor, an der sich nahezu sämtliche anwesende Repräsentanten, Manche mitunter sogar drei bis viermal betheiligte, und die endlich damit ihr Ende erreichte, daß der Beschluß gefaßt wurde, daß die Commission, welche den Vertrag feststellte, sich mit dem Schütze ein ins Einvernehmen setzen möge, um die einzelnen Punkte noch einmal zu präcisiren und den demnach abgemachten Grundriss der überarbeiteten Vertrag der nächsten Generalversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Bloß ein Punkt des Vertrages, welcher von dem Abperren des Stadtwaldchens bei außerordentlichen Anlässen handelt, wird sofort einer geringen Modification unterzogen, indem beschlossen wurde, daß die Abschließung nie ohne behörliche Bewilligung und ohne genaue Motivirung erfolgen dürfe. Bei Verlesung dieses modificirten Paragraphs drohte abermals eine Debatte loszubrechen, denn es fanden sich Mehrere, die sich gegen den darin angewendeten Ausdruck „Volk“ aussprachen und dagegen „Publicum“ gesetzt wissen wollten. Es wurden auch bereits einige etymologische Studien über den Unterschied zwischen diesen beiden Bezeichnungen zum Besten gegeben, als der Vorsitzende glücklicherweise erklärte, daß diese beiden Ausdrücke abwechselnd im Vertrage angewendet wurden, durch welche Erklärung endlich die allgemeine Beruhigung erreicht wurde.

Nun kommt das Intimat des Ministeriums des Innern über die seitens der Finanzdirection bei der Stadt mit Beschlag belegten 3000 fl. von der Mautgebühr, wozu eine Repräsentation an das Ministerium gerichtet wurde, zur Verlesung. Die Stadt wird mit ihrer Beschwerde abgewiesen und ihr gleichzeitig die Weisung ertheilt, dahin zu trachten, daß ähnliche Confectionen in Zukunft nicht mehr notwendig werden mögen. Das Intimat wird zur Kenntniß genommen und der Finanzcommission zur ferneren Berichterstattung auszufolgen.

Bezüglich der Zuschrift der Harom- und Miklósházer Städtsgemeinschaft, um Einleitung einer Sammlung zu einem Denkmal für die auf ihrem Gebiete in den Jahren 1848—49 gefallenen Helden wird beschloffen, zu diesem Zwecke aus der städtischen Cassa 20 fl. anzuweisen, den Stadthauptmann aber mit der Sammlung weiterer Beiträge zu betrauen.

Die Zuschrift der Stadt Pest um Unterstützung ihrer Repräsentation an den Reichstag betreffs Reorganisation der Municipal- und Jurisdictionenbehörden wird zur Kenntniß genommen und die Abfertigung einer eigenen Repräsentation an den Reichstag in dieser Angelegenheit beschloffen.

Ebenso wurde auch bei der Zuschrift der Kráffer Comitats-Gemeinschaft um Unterstützung ihrer Repräsentation an den Reichstag wegen Rückanschluß des Karansebeser Bezirkes die Abfertigung einer eigenen Repräsentation zu diesem Zwecke beschloffen.

Die Zuschrift der Stadt Temesvár betreffs Eintritt in die dortige Handels- und Gewerbekammer wird zur Kenntniß genommen, jedoch beschloffen, hierauf insoweit keine Antwort zu ertheilen, bis nicht von Seite des Handels-Ministeriums, da von Seite unserer Stadt um Creirung einer eigenen Handels- und Gewerbekammer petitionirt wurde, in dieser Beziehung die Entscheidung herablangt, und sei eine günstige Erlegung dieser Angelegenheit um so eher zu gewärtigen, indem laut den Resultaten der Volkszählung die Zahl der Bewohner unserer Stadt bedeutend über 30.000 betrage. Gleichzeitig wird die Zuschrift einer Commission, bestehend unter dem Vorsteher des Herrn Stadthauptmanns Papp János, aus den Herren:

Bettelheim Vilmos, Walfisch Pál,
Papp János (czipész), Wágács Mikály,
ausgeföhlt, um im Einvernehmen mit dem Arader Handelsmuseum neue Motive geltend zu machen, auf Grund welcher das angestrebte Ziel, nämlich die Errichtung einer eigenen Handels- und Gewerbekammer in Arad, mit Sicherheit erreicht werden könnte.

Da die Versammlung während der Zeit beschlußunfähig geworden war, wurde die Sitzung um halb 7 Uhr geschlossen.

Verzeichniß

derjenigen Gegenstände, welche bei der am 3. Februar l. J. abzuhaltenden Generalversammlung der städtischen Repräsentanzkörpers der k. Freistadt Arad zur Verhandlung gelangen.

(Schluß.)

59. Bericht der Wirtschaftskommission über die Competenz der städtischen Feldhüter an Fußbekleidung.
60. Dieselbe über die Bekleidung der Sicherheitswachmänner.
61. Dieselbe über den von Wenzel Bartl in Pacht genommenen Schoppen.
62. Dieselbe über die Bezeichnung der Schweinemastungsplätze auf dem alten Festungsplatz.
63. Dieselbe über die von Johann Szilárdy in Pacht genommenen Schullocalitäten.
64. Dieselbe über die aufgetauchten Schwierigkeiten bei Reinigung der Senkgruben.
65. Dieselbe über die neuerliche Anweisung der der Ausstcherin im Armenhause, Katharina Tir, entzogenen drei Klafter Brennholz.
66. Dieselbe bezüglich eines Armenhausgrundes und über den Zustand des Armenhauses.
67. Dieselbe über das Gesuch der Magdalena Mahler.
68. Dieselbe über das Gesuch der Bewohner der Untermüllergasse um Aufstellung noch einer Gastlaterne.
69. Dieselbe über das Gesuch des Franz Kishalmay, um Rückertattung des erlegten Kugeldes von 192 fl.
70. Dieselbe über die Erfolgslosigkeit der Minuendo-Vicitation bezüglich des Baues der Cementirungs Amtlocalität.
71. Dieselbe über das Ansuchen des Ignaz Klein wegen Uebernahme der für die städt. Schullocalitäten angefertigten Roulleaux.

Tagesneuigkeiten

Arad, 4. Febr. Von den im Laufe des jetzt im Zuge befindlichen Carnevals zu wohlthätigen Zwecken veranstalteten Tanzfesten verdient der für Montag den 28. d. M. in Aussicht gestellte Ball zu Gunsten des hiesigen allgemeinen Krankenhauses in erster Reihe dem Publicum dringend aus Herz gelegt zu werden, denn es gibt ja kein dergleichen Wohlthun, als dasjenige ist wenn man die Hilfe für arme Kranke in den Stand setzt, ihrer humanen Aufgabe zu entsprechen und den leidenden Nebenmenschlichen Heilung und Pflege in ihrem Mauern bieten zu können. Nun ist es bekannt, daß unser allgemeines Krankenhaus nicht derart fundirt ist, daß es allen an eine solche Anstalt gestellten Anforderungen in dem Maße zu entsprechen vermöchte, wie es im Interesse der in immer größerer Anzahl in seinen Mauern Hilfesuchenden zu wünschen wäre. Es ist daher dringend geboten, daß von Zeit zu Zeit an den bewährten Wohlthätigkeitsmännern der Bewohner unserer Stadt appellirt werde, und jetzt ist wieder eine solche Zeit, und unser Appell dürfte nun um so weniger spurlos verhallen, als dem Publicum für das, was es auf dem Altar der Wohlthätigkeit niederlegen soll, auch etwas geboten wird: ein glänzendes Ballfest nämlich. Es wird also Jedem das Wohl-

